Unterrichtung

Hannover, den 08.03.2022

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2019

Verbesserungsbedarf bei der Personalplanung an berufsbildenden Schulen

Beschluss des Landtages vom 14.09.2021 - Drs. 18/9924 Nr. 40 - nachfolgend abgedruckt:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt die Feststellungen des Landesrechnungshofs zur Kenntnis, dass die Landesregierung das Ziel einer optimierten Stellenbewirtschaftung an berufsbildenden Schulen nicht in Gänze erreicht hat. Außerdem nimmt er zur Kenntnis, dass die Mehr- und Minderzeiten von Lehrkräften einen erheblichen, nicht mehr vertretbaren Umfang haben.

Der Ausschuss fordert die Landesregierung auf, die Empfehlungen des Landesrechnungshofs zur Veränderung der Bemessungsgrundlage des Stellenausgleichsverfahrens sowie zur Änderung der Niedersächsischen Arbeitszeitverordnung Schule im Bereich der Höchstgrenzen von Mehr- und Minderzeiten zu prüfen.

Über das Veranlasste ist dem Landtag bis zum 31.03.2022 zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 02.03.2022

Das Kultusministerium (MK) weist den öffentlichen berufsbildenden Schulen im Rahmen des „Stellenausgleichsverfahrens“ zweimal jährlich zum 1.2. und zum 1.8. per Erlass Einstellungsermächtigungen für Lehrkräfte zu. Die Schulen entscheiden eigenverantwortlich über die zur Deckung des fachrichtungs- und fächerspezifischen Bedarfs notwendigen Stellenausschreibungen. Ziel des Verfahrens ist die bedarfsgerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen auf die öffentlichen berufsbildenden Schulen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, durch „Sondereinstellungsermächtigungen“ auf akute und gegebenenfalls kurzfristig entstehende Bedarfe zu reagieren; hierfür werden derzeit je Stellenausgleichsverfahren 24 Einstellungsermächtigungen bereitgehalten. In den Pool der Sondereinstellungsermächtigungen kommen darüber hinaus die Einstellungsermächtigungen, die von einzelnen Schulen in dem jeweiligen Verfahren nicht verwendet werden können und von ihnen an das MK zurückgegeben werden. Dieses Verfahren stellt sicher, dass auch Schulen, denen im regulären Verfahren keine Stelle zugewiesen worden ist, in Abstimmung zwischen MK und dem zuständigen Regionalen Landesamt für Schule und Bildung (RLSB) Einstellungsermächtigungen erhalten können, sofern ein entsprechender Bedarf plausibilisiert wird.

Im Herbst 2021 wurde u. a. zur Evaluierung und gegebenenfalls Modifizierung der Vorgehensweise und Berechnungsmethodik des Stellenausgleichsverfahrens sowie zur bedarfsgerechteren Stellenzuweisung eine Arbeitsgruppe durch MK implementiert, in der sowohl Vertretungen der Schulleitungen als auch der Interessensverbände sowie der RLSB vertreten sind. Angestrebt ist eine kurzfristig wirksam werdende Anpassung, die nach Möglichkeit bereits zum Verfahren zum 01.08.2022 greifen soll.

Bezüglich der an den Schulen aufgelaufenen Plus-/Minusstunden wird auch auf die Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen zur schriftlichen Beantwortung in den Drucksachen 18/4980 bzw. 18/5483 und 18/9929 für die Schuljahre 2019/2020 bzw. 2020/2021 verwiesen. Aus den Daten geht für den Bereich der berufsbildenden Schulen hervor, dass das Ausmaß der Plusstunden im Vergleich der beiden Stichtage (Ende Schuljahr 2019/2020 bzw. Ende Schuljahr 2020/2021) insgesamt um rund 10 % gesunken ist. Ferner ist zu konstatieren, dass bei den gemeldeten Minusstunden je betroffener Lehrkraft im Durchschnitt weniger als 40 Unterrichtsstunden zu verzeichnen waren, mithin die Sollvorschrift der Niedersächsischen Verordnung über die Arbeitszeit

der Beamtinnen und Beamten an öffentlichen Schulen (Nds. ArbZVO-Schule) im Durchschnitt eingehalten wird.

Das Instrument der Mehr- bzw. Minderzeiten gemäß § 4 Nds. ArbZVO-Schule wird von den öffentlichen berufsbildenden Schulen in eigener Verantwortung primär genutzt, um durch z. B. Erkrankungen, Beurlaubungen o. ä. kurzfristig entstehende Bedarfe kompensieren zu können. Ferner werden zeitliche Friktionen, die z. B. zwischen dem Ausscheiden einer Lehrkraft zum Schul-(halb-)jahresende und der Einstellung einer neuen Lehrkraft entstehen, hierdurch überbrückt. In besonderen Einzelfällen entstehen Mehrzeiten auch durch veränderte Bedarfe in bestimmten Mangelfächern bzw. -fachrichtungen, für die kurzfristig keine geeigneten Lehrkräfte am Markt verfügbar sind und auch durch das Instrument der befristeten Beschäftigung keine Bedarfsdeckung möglich ist. Insofern lässt sich aus den ausgewiesenen Mehrzeiten nicht ableiten, dass zusätzlich Stellen bzw. Finanzmittel zur Bedarfsdeckung erforderlich sind. Primär ist zu konstatieren, dass die erforderlichen Lehrkräfte gerade in den bekannten Mangelfächern und -fachrichtungen derzeit nicht in dem erforderlichen Maß auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die im Koalitionsvertrag vorgesehene und eingerichtete interministerielle Arbeitsgruppe (MK sowie Ministerium für Wissenschaft und Kultur) zur Ermittlung und Deckung des Lehrkräftebedarfs zu Erfolgen geführt hat, indem Maßnahmen umgesetzt werden konnten, die zu einer Erhöhung des Lehrkräfteangebots in den Mangelfachrichtungen führen werden. So konnte auch die Anzahl der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst für den berufsbildenden Bereich von 500 (2017) auf 554 (2021) erhöht werden.

Die für die laufende Legislatur intendierte Überarbeitung der Nds. ArbZVO-Schule ist aufgrund der pandemiebedingten Belastungssituation suspendiert worden. Für die kommende Legislatur ist diese Aufgabe neu zu definieren. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Thematik auch den allgemeinbildenden Schulbereich betrifft.

(Verteilt am 08.03.2022)